

24. AUG. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/59

Bonn, den 20. August 1965

Mir. veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Demontierte Sicherheit

47

Aßenauer bietet ein makabres Schauspiel

2 - 3

Auch das steht zur Wahl !

68

"Grenadörfer" leiden unter dem Zivilisationsgefälle
Von Klaus Rusticus, Hannover

4

Heute so aktuell wie gestern

40

Erhard kann nicht regieren

5

Neue Wege in eine neue Zeit - nicht erst seit heute

47

Waldemar von Knoeringens Rede von 1955
zur Verhältnis von SPD und Kirche

+ + +

Demontierte Sicherheit

Adenauer bietet ein makabres Schauspiel

sp - Am gleichen Tage, an dem die CDU mit Plakaten dem Wähler in der Bundesrepublik einreden will, nur sie biete dem deutschen Volk Sicherheit, demontiert ihr Vorsitzender und ehemaliger Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, zielbewußt das Vertrauensverhältnis zu den Verbündeten, auf dessen Grundlage eben diese Sicherheit beruht. Während die Bundesregierung, an der Spitze der noch amtierende Kanzler, sein Außenminister und sein Verteidigungsminister, die amerikanischen Vorschläge auf der Genfer Abrüstungskonferenz billigen, gefällt sich Adenauer in "denkbar rüdesten Form" (RHEINISCHE POST) darin, die Amerikaner abzukanzeln. Die gleiche RHEINISCHE POST bezeichnet Adenauers Attacke als "totale Mißtrauenserklärung" gegenüber den USA und steuert damit einen Kollisionskurs an, der in der ganzen westlichen Welt zu der Frage führen muß, ob es in der Bundesrepublik überhaupt noch eine Regierung gibt.

Schon zu Beginn dieser Woche hatte Staatssekretär Günther von Hase im Auftrag der Bundesregierung erklärt, diese sei vor Einbringung des amerikanischen Abrüstungsvorschlages in Genf konsultiert worden und habe ihr Einverständnis gegeben. Erhard, Schröder, von Hassel - sie alle betonen in ihren Wahlkundgebungen, daß die amerikanischen Vorschläge "hilfreich auch für die Bundesrepublik" seien (Schröder), und daß derjenige, der auch nur an der amerikanischen Bereitschaft zur Verteidigung der freien Welt zweifle, eine politische Sünde begehe (von Hassel).

Dieses Bukett sich widersprechender Äußerungen von Mitgliedern der Regierung auf der einen und den Warnungen sowie Angriffen des CDU-Vorsitzenden Adenauer auf der anderen Seite lassen erkennen, wie schrecklich durcheinander die sich selbst aufreibende CDU ist. Zu allem Überflus wird dazu noch in den der CDU keineswegs fernstehenden RUERNACHRICHTEN die Möglichkeit angedeutet, Adenauer hätte sich vor seinen Attacken gegen die USA mit Erhard abgestimmt...

Es geht hier nicht um die Frage, ob die amerikanischen Vorschläge auf der Genfer Abrüstungskonferenz in allen Punkten der Weisheit letzter Schluß sind; auch die Amerikaner können sich irren und müssen damit rechnen, daß ihre freimütig geäußerten Vorstellungen zur Lösung dieses oder jenes Problems von Freunden einer Kritik unterzogen werden. Die Sowjets haben die amerikanischen Vorschläge bereits brüsk abgelehnt, was nach allen bisherigen Erfahrungen darauf schließen läßt, daß einiges davon der freien Welt dienlich sein dürfte.

Hier und heute geht es jedoch um die Feststellung, daß der Vorsitzende der stärksten Regierungspartei und bis 1962 amtierende Bundeskanzler im Gegensatz zu seinen Parteifreunden Erhard, Schröder und von Hassel rücksichtslos mit der Wahlkampfpeitsche knallt und vor aller Welt demonstriert, daß er als Führer der die Regierung tragenden Partei eigene und höchst absonderliche Wege zu gehen gedenkt.

Das ist ein makabres Schauspiel, dadurch wird Wasser auf die Mühlen der Männer im Krenl und in Pankow getragen.

Auch das steht zur Wahl:

"Grenzdörfer" leiden unter dem Zivilisationsgefälle

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die Zonenrandpolitik des Bundes muß in der nächsten Legislaturperiode eine grundsätzliche Wandlung erfahren. Dieser Forderung trägt auch die - kürzlich von der sozialdemokratischen - "Regierungsmannschaft" veröffentlichten Konzeption Rechnung. Sie ist das Ergebnis einer Fülle von Anliegen, die in den letzten Jahren aus dem Randgebiet entlang der 1390 Kilometer langen Demarkationslinie kamen.

"Zivilisationsgefälle" und Agrarpolitik

Die Bundesregierung versucht immer wieder, negative bevölkerungspolitische und soziologische Erscheinungen im Zonenrand zu bagatellisieren. Sie will das "Zivilisationsgefälle" zum Westen der Bundesrepublik hin einfach nicht wahrhaben, wird aber immer wieder von der Realität korrigiert.

Der Arbeitskreis für Zonenrandfragen des Landesverbandes Niedersachsen des Bauernverbandes (der auch im Bundesland mit den größten Grenzabschnitt nicht in den Verdacht geraten könnte, neuerdings ins sozialdemokratische Lager Übergeschwenkt zu sein) gelangte in diesem Zusammenhang erst kürzlich wieder zu einer sehr aufschlußreichen Feststellung. Weil das "Zivilisationsgefälle" im Zonenrand von Jahr zu Jahr sichtbarer werde, reichten die bisherigen Hilfen aus dem Zonenrandförderungsprogramm einfach nicht aus, so hieß es in einer Verlautbarung. Rehwinkels Bauernfunktionäre sehen zwar in seinem Stammland manches durch die eigene Brille, doch in diesem Falle sind sie sogar sehr neutral: Die Wettbewerbschancen der kranken Dörfer an der Zonengrenze bedürfen einer grundlegenden Stabilisierung.

Konkrete Forderungen

Durch die Zonengrenze wurden vor zwanzig Jahren traditionell zusammengefügte Wirtschaftsräume zerrissen. Tradition bedeutete hier nicht etwa Achtung von gemeinsamen Kirchweih- oder Feuerwehrfesten. Hier geht es um Handel und Wandel in natürlichen Absatzgebieten. Kein besseres Beispiel als das aus dem Grenzkreis Lüchow-Darzenberg in Niedersachsen vermag diese Misere zu beleuchten.

Ein Kaufs- und Absatzzentrum für diesen westdeutschen Kreis war einmal Salzwedel. Das galt in erster Linie für den Zuckerrübenanbau

als der weitverbreitetsten Fruchtart im südlichen Niedersachsen, aber auch für andere Fruchtarten. Um die Zuckerrüben heute verarbeiten zu können, muß ein viermal längerer Transportweg zurückgelegt werden.

Dabei entstand noch eine zusätzliche Kuriosität. Die Zuckerrüben aus Lückow-Dannenberg können nur per Straße transportiert werden. Nach der Zonengrenzziehung wurde der Kreis auch seiner Bahnanschlüsse beraubt. Das Resultat: Frachtvergünstigungen der Bundesbahn in Anspruch zu nehmen, ist illusorisch.

Die von der niedersächsischen Landwirtschaft in Übereinstimmung mit anderen Landesverbänden gestellten Forderungen sind deshalb verständlich. Sie lauten wie folgt:

- * Gewährung von Frachthilfen für Getreide, Zucker und lebende Tiere.
- * Maßnahmen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, der Flurbereinigung und des Wegebau.
- * Verstärkte kommunalpolitische Förderung.
- * Industrieansatz auch in Grenzdörfern unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Weiterverarbeitungsbetriebe.

Längere Frachtwege im EWG-Wettbewerb unrentabel...

Die Bauern an der Zonengrenze liegen am weitesten von den Handelszentren der EWG entfernt. Sie wurden ihrer natürlichen Absatzmärkte beraubt und müssen sich den neuen - westlich orientierten - Wettbewerbsbedingungen voll angleichen. Sie können es aber nicht, solange sie unter einer unzureichenden Verkehrsinfrastruktur leiden und damit automatisch einen zusätzlichen Unkostenfaktor zu verkraften haben.

Hierzu nur einige Beispiele aus niedersächsischen Grenzdörfern, die sich auch auf andere Grenzabschnitte übertragen lassen:

- * Für ca. 200 000 t Agrarprodukte sind jährlich aus dem niedersächsischen Zonenrand längere Frachtwege erforderlich.
- * Von der Bundesbahn werden hier jährlich 12 000 t Getreide, 65 000 t Zucker und 23 000 t lebende Tiere transportiert.

Eine gezielte Hilfe wird auch vom niedersächsischen Bauernverband für unerlässlich erachtet, "wenn die Abwanderung aus den am Eisernen Vorhang gelegenen Dörfern gestoppt werden soll."

Wie hatte sich kürzlich noch Staatssekretär Langer vom Bundeswirtschaftsministerium ausgedrückt? Negative bevölkerungspolitische Erscheinungen im Zonenrand verglich er mit der "allgemeinen Tendenz im Bundesgebiet". - Wie wenig muß man doch in Bonn über die wirklichen Verhältnisse im Zonenrand informiert sein!

Heute so aktuell wie gestern

Erhard kann nicht regieren

H.B.-er. - Mit dem Geld der Steuerzahler versuchen die Kanzler-Propagandisten in diesen Tagen den deutschen Wähler einzuhämmern, was Ludwig Erhard nicht war, nicht ist - und auch nicht werden wird: Ein überzeugender Regierungschef, ein handelnder Kanzler, kurz: ein Staatsmann. Man muß nicht unbedingt sozialdemokratische Politiker und Zeitungen zitieren, wenn man den Beweis dafür antreten will, man braucht auch nicht unbedingt zu Konrad Adenauers Anti-Erhard-Außerungen zu greifen, um zu zeigen, daß der noch antierende und schimpfende Kanzler samt seiner Koalition versagt hat. Der Zick-Zack-Kurs der beiden letzten Jahre spricht eine zu deutliche Sprache.

Dennoch ist es gerade in diesen Tagen sicherlich nicht falsch, wieder einmal in Erinnerung zu rufen, was beispielsweise ein der CDU und ihrem Vorsitzenden so eng verbündenes Organ wie RHEINISCHER MERKUR dem Kanzler Erhard lange vor Beginn des Wahlkampfes, am 2. Oktober 1964, ins Stammbuch geschrieben hat:

- * "Die Gründe des Versagens liegen anderswo: Die Koalition ist
- * auch unter Erhard nicht arbeitsfähiger geworden. Wo sind die
- * verbenden Leistungen? Der Wahlbürger urteilt nach dem, was er
- * sieht, oder nicht sieht... Der Eindruck der Führungslosigkeit,
- * der Unentschlossenheit, der Verschiebung wichtiger Entscheidungen
- * verbreitet sich. Er war freilich schon da, seit man für den
- * mißliebigen Adenauer die politische Groteske eines 'Kanzlers
- * auf Halbozeit' erfunden hatte - aber es ist heute um nichts bes-
- * ser."

Aber auch parteipolitisch nicht festgelegte Journalisten haben den gleichen Eindruck gewonnen und dies auch deutlich gesagt. Dr. Helmut C r o n, der Chefredakteur der angesehenen Stuttgarter Nachrichten, schrieb am 27. Februar dieses Jahres unter der Überschrift "Schlecht regiert":

- * "Sagen wir es klar und deutlich: Wir haben nicht den Eindruck,
- * regiert zu werden. Eine Regierung, die sich scheut, zu regieren,
- * selbst auf die Gefahr hin, Fehler zu machen, war nie erfolgreich
- * und auch nie populär."

Kommentar? Höchst überflüssig. Denn genau so, wie es die Leitartikler damals schrieken, ist es geblieben. Bis heute. Und bis zum 19. September wird es auch so bleiben. Da Leitartikler in diesen Wochen vor der Wahl natürlich nicht mehr so deutlich werden wollen, mag es gut sein, an ihre Worte von gestern zu erinnern. Sie sind von höchster Aktualität...

Neue Wege in eine neue Zeit - nicht erst seit heute

Waldemar von Knoeringens Rede von 1955 zum Verhältnis von SPD und Kirche

sp - Waldemar von Knoeringen, Mitglied der Regierungsmannschaft von Willy Brandt, hat kürzlich in einem Interview die Haltung der SPD gegenüber der katholischen Kirche offen und deutlich dargelegt. Sofort haben Wahlredner der CDU wieder besseres Wissen behauptet, hier sei wieder einmal etwas aus "wahltaktischen Gründen" gesagt worden. Deshalb veröffentlichen wir den Schluß einer Rede, die Waldemar von Knoeringen vor zehn Jahren, am 5. November 1955, auf dem 10. Landesparteitag der SPD in Kempten im Allgäu gehalten hat. Sie stand unter dem Motto: "Sozialismus an der Wende der Zeit":

"In Verbindung mit unseren Bemühen, den Menschen zu sich selbst zu führen, wird uns von den christlichen Kirchen das Wort "Religion" zugerufen, denn ohne Religion gäbe es keine Menschenbildung. Dazu möchte ich sagen: Kein Sozialist kann über den letzten Sinn des Lebens und über die Fragen, die damit zusammenhängen, irgendeine Aussage machen. Hier beginnt das Reich des Glaubens, in das die Politik nicht folgen kann. Sozialismus ist kein Ersatz für Religion und will es nicht sein.

Der Glaube an eine höhere Ordnung der Welt, an einen im Göttlichen liegenden Sinn des Lebens, ist unantastbares Recht jedes einzelnen Menschen. Wenn wir ihm keine Antwort auf die letzten Fragen nach dem Sinn des Daseins geben können und wollen, dann können wir ihm das Recht nicht streitig machen, sich die Antwort dort zu suchen, wo er sie zu finden glaubt. Für dieses Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit werden wir immer kämpfen. Die Religion kann ein starker Schutzwall gegen die moralische Verflachung der Menschen sein, aber nur dann, wenn sie wirklich Religion ist.

In diesem Sinne kann eine Religion niemals in Konflikt kommen mit der sittlichen Idee des Sozialismus, wie wir sie vertreten. Für Mensch der vom Christentum her zum Sozialismus stößt, wird seine Forderungen nur um so tiefer bejahen, denn sie beruhen letzten Endes auf dem Mitgefühl mit der leidenden menschlichen Kreatur. Die Religion wird an dieser Wende der Zeit ihre Rolle zu spielen haben und vielen Menschen Helfer sein können im Gewirr des Lebens. Wenn sie in dieser Absicht dem Menschen Glauben zu vermitteln suchen, achten wir den Wert der christlichen Kirchen. Aber wir werden uns stets dagegen wenden, wenn man unter Mißbrauch religiöser Gefühle politische Vorstellungen und Machtpositionen erhalten will; weil man sich weigert, die Zeichen der Zeit zu erkennen und den Erfordernissen der Stunde gerecht zu werden.

Wahrhaftigkeit, nicht Scheinheiligkeit, das müssen wir auch von jedem religiösen Bekenntnis fordern. Laßt uns hoffen, daß sich unter dem Druck der Zeit alle diejenigen verständigen, denen es wahrhaft um die Aufhebung der Selbstentfremdung der Menschen geht und die ehrlich neue Wege in eine neue Zeit suchen. In einer vergilbten Werbeschrift der Partei aus dem Jahre 1890 las ich den Satz, mit dem ich schließen möchte: "Sozialdemokraten vertreten in den verschiedenen Entwicklungsstufen der Gesellschaft immer das Interesse der nach Glück, Freiheit und Recht strebenden menschlichen Kreatur. Sie vertreten daher zu allen Zeiten schlechthin das Mensechtum!"